

Endspurt Richtung Sommerpause

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwei Sitzungswochen stehen noch im Kalender, dann geht es in die parlamentarische Sommerpause. Das werden intensive Wochen. So hat die Bundesregierung aktuell ihr „überarbeitetes“ Energiepaket in den Deutschen Bundestag eingebracht und will dieses noch vor der Sommerpause verabschieden.

Frank-Walter Steinmeier hat recht, wenn er dazu sagt: „Die Energiewende ist keine Energiewende, sondern ein Irrtumsbereinigungsgesetz. Und in Erinnerung wird diese Koalition nur als die bleiben, die angetreten sind, die abgetreten sind und zwichendrin das gekippt haben, was sie vorher beschlossen hatten.“ Mehr zum Thema Energiepolitik findet ihr auf Seite 2.

Aber auch die Themen Europa und europäische Solidarität werden weiterhin eine große Rolle spielen. So hat der Deutsche Bundestag am 12. Mai 2011 über den Antrag Portugals debattiert und beschlossen, mit Bürgschaften zu helfen. Auch ist absehbar, dass Griechenland weitere Unterstützung benötigen wird.

Das sind keine leichten Entscheidungen, aber die Rettung der Eurozone gibt es nicht zum Nulltarif. Sie ist in unserem ureigensten Interesse. Ihr Zusammenbruch würde uns weit mehr kosten, nämlich die immense Schwächung unserer Wirtschaft und der deutschen Banken bis hin zur Betroffenheit ihrer Anleger quer durch alle Bevölkerungsschichten. Die Rückkehr zu nationalen Währungen ginge mit einer massiven Verteuerung unserer Exporte einher, denn mit der Abwertung der anderen Währungen würde eine wieder eingeführte D-Mark aufgewertet. Wechselkursrisiken führten zu weniger Handel. Aber gut über 40 Prozent unserer Exporte gehen in die Eurozone. Ließen wir diese zerbrechen, würden die deutschen Arbeitnehmer durch Arbeitsplatzabbau die Hauptleidtragenden sein. Der Schaden für unser

Land wäre kaum abzuschätzen. Und Griechenland und Portugal wären durch die Abwertung und damit Schwächung ihrer Währung noch viel weniger in der Lage, ihre Auslandsschulden in Fremdwährung zurück zu zahlen – auch nicht die an Deutschland.

Für die SPD ist es aber nicht akzeptabel, den Steuerzahler als Generalbürgen für die Folgekosten der Finanzkrise hafte zu lassen, ohne die Finanzakteure substantiell zu beteiligen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion am 9. Juni 2011 den Antrag „Finanztransaktionssteuer in Europa einführen - Gesetzesinitiative jetzt vorlegen“ (Drs. 17/6086) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser wird jetzt in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Zum Abschluss noch etwas Erfreuliches aus einem unserer nördlichen Nachbarländer. In Bremen stellt die SPD auch weiterhin den Bürgermeister und konnte im Vergleich zur letzten Wahl sogar noch dazugewinnen. Das sollte uns Rückenwind für den anstehenden Wahlkampf in Schleswig-Holstein geben. Den sollten wir genauso nutzen, wie den Schwung, den wir durch den Mitgliederentscheid bei der Wahl unseres Spitzenkandidaten erfahren haben. Jetzt gilt es, die Inhalte des Wahlprogramms festzulegen und sich schon mal Stück für Stück auf eine spannende Auseinandersetzung in Schleswig-Holstein einzustellen. Mit Torsten Albig haben wir gute Chancen im Mai des kommenden Jahres die abgewirtschaftete schwarz-gelbe Koalition in Kiel abzulösen.

Herzlichst Euer




Franz Thönnnes MdB

IN DIESER AUSGABE

Berlin

- 2 Energiewende
- 3 Thönnnes übernimmt Patenschaft für Nikolai Statkevich
- 3 Jugendpresstetag der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin
- 4 Norderstedterin vier Tage als Bundestagsabgeordnete in Berlin

Thönnnes unterwegs

- 5 Ostseeregion - Vorreiter bei der Förderung des Sozialen Dialogs
- 6 Wieder Grenzkontrollen? - Welches Europa wollen wir?
- 7 Norderstedt - Bad Segeberg - Oslo - Schlangenbad - Bargteheide - Henstedt-Ulzburg - Hamburg - Hannover - Sonderborg - Bad Oldesloe - Lübeck
- 9 Mehrgenerationenhäuser müssen eine Zukunft haben

Sonstiges / Impressum

- 10 Ein Jahr in den USA – Jugend-Austauschprogramm von Bundestag und US-Kongress
- 10 Personalwechsel in den Büros
- 10 Kontakt
- 10 Impressum

Bundesregierung vollzieht Kehrtwende in der Energiepolitik Jetzt geht's in die richtige Richtung

Am 6. Juni 2011 wurde das Energiepaket der Bundesregierung im Kabinett beschlossen und zwei Tage später in den Deutschen Bundestag eingebracht. Damit reagieren die Fraktionen von CDU/CSU und FDP auf die Ereignisse in Fukushima, die Wahlergebnisse und den Druck der Bevölkerung. Sie revidieren ihre energiepolitischen Entscheidungen aus dem Herbst 2010. Die SPD hat den Ausstieg aus der Atomenergie bereits 1986 beschlossen, 1998 im rot-grünen Koalitionsvertrag fixiert, 2000 mit den Energiekonzernen ausgehandelt und 2002 gegen den Widerstand der CDU umgesetzt. Deutschland hatte einen Konsens für Atomausstieg, Erneuerbare Energien und Effizienztechnologie, bis Bundeskanzlerin Merkel ihn mit der Laufzeitverlängerung im Herbst letzten Jahres aufkündigte. Die eigenen Fehlentscheidungen muss Schwarz-Gelb jetzt rückabwickeln.

ab jetzt sinnvoll
„Ich werde es ~~immer~~ für ~~unsinnig~~ halten, technisch sichere Kernkraftwerke abzuschalten. Sie werden sehen: eines Tages werden auch die ~~Sozialdemokraten~~ *Christ* das einsehen.
Es dauert halt immer etwas länger.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, 2006



Herzlichen
Glückwunsch
zum Atomausstieg!



Wir können den Weg. Schon lange.
Unser Programm für die Energiewende:
Bundestags-Drs. 17/5481

Bildquelle: www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

Die jetzt vorgelegten Gesetzesentwürfe orientieren sich an zentralen Positionen der SPD. Die sieben ältesten Meiler sowie das besonders störanfällige AKW Krümmel sollen dauerhaft stillgelegt werden. Es gibt verbindliche Ausstiegsdaten für die Kernkraftwerke ohne Hintertüren und dank dem Druck von Opposition und Ländern wird ein schrittweiser Ausstieg mit festen Ausstiegsdaten für jedes AKW vorgeschlagen. Gleichwohl bleiben noch viele Fragen im parlamentarischen Verfahren zu klären.

Thönnnes: „Energiepolitik braucht Langfristigkeit und Verlässlichkeit. Deshalb bedarf es eines breiten Konsenses über den beschleunigten Umbau unseres Energiesystems hin zur sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Vollversorgung durch Erneuerbare Energien. Die SPD-Bundestagsfraktion steht grundsätzlich bereit, ihren Beitrag zu einem solchen Konsens zu leisten – allerdings nicht um jeden Preis.“ Die schwarz-gelbe Koalition steht in der Pflicht, den Konsens aktiv zu suchen und herzustellen. Dabei muss Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen. Außer bei der Novelle des Atomgesetzes besteht kein unmittelbarer Zeitdruck.

„Man muss jedenfalls diesen irrsinnigen Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie sofort rückgängig machen. Die Tatsache, dass wir hier in Deutschland die weltweit sichersten Kraftwerke aus ideologischen Gründen abschalten, heißt ja nur, dass am Tag danach der Strom aus wesentlich unsichereren Kraftwerken aus dem Ausland kommt.“

Guido Westerwelle (FDP) am 10. Januar 2007

„Als moderne Industriegesellschaft kann unser Land zeigen, dass es in der Lage ist, das magische Dreieck der Energieversorgung – risikoarm und versorgungssicher, bezahlbare Energiepreise für Privathaushalte und Industrieunternehmen sowie Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit – zu realisieren. Hierauf werden wir die vorliegenden Gesetzesentwürfe in den kommenden parlamentarischen Beratungen genau prüfen“, so Franz Thönnnes.

Gefangenen-Patenschaft: Franz Thönnnes adoptiert Nikolai Statkevich Lukaschenko fällt Urteil gegen Demokratie und Freiheit

Am 18. Mai 2011 hat Franz Thönnnes, SPD-Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, eine Gefangenen-Patenschaft für Nikolai Statkevich übernommen.

Zu seinem Engagement erklärte der Bundestagsabgeordnete: „Für seine Kandidatur um das Präsidentenamt und die Teilnahme an den Demonstrationen nach der gefälschten Wahl von Alexander Lukaschenko gebührt Nikolai Statkevich höchster Respekt und unsere Solidarität. Selbst unter dem Druck einer möglichen langen Haftstrafe kämpfte er im Gerichtssaal für mehr Demokratie. Mit meiner Patenschaft will ich dazu beitragen, dass der Präsident Weißrusslands die demokratische Bewegung in seinem Land nicht unbemerkt unterdrücken kann. Jetzt gilt deutlich zu machen, dass die Welt die Vorgänge vor Ort sehr genau registriert.“



Libereco
Partnership for Human Rights

Das Patenschafts-Programm für die politischen Gefangenen in Belarus wurde von der Menschenrechtsorganisation Libereco - Partnership for Human Rights initiiert, um die Gefangenen und ihre Angehörigen zu unterstützen. Als Pate wird sich Franz Thönnnes für die Freilassung „seines Gefangenen“ einsetzen.

Nikolai Statkevich, Sozialdemokrat und Präsidentschaftskandidat, wurde am Abend des 19. Dezembers 2010, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, während einer friedlichen Demonstration vom KGB verschleppt. Mit ihm wurden weitere Präsidentschaftskandidaten, Aktivisten und Journalisten verhaftet. Nach rund fünf Monaten unter schwierigsten Haftbedingungen und in Isolationshaft wurde Statkevich nun zu sechs Jahren Haft verurteilt. „Dieses Urteil richtet sich gegen Demokratie und Freiheit. Nikolai Statkevich hat nichts anderes getan, als seine selbstverständlichen demokratischen Rechte auf freie Meinungsäußerung und politisches Engagement wahrzunehmen. Das Urteil ist das Ergebnis von Auftragsjustiz und zeigt, dass die belarussische Justiz nicht unabhängig ist“, so der SPD-Politiker, der Nikolai Statkevich noch aus seiner Zeit als SPD-Landesvorsitzender persönlich kennt, nach der Urteilsverkündung am 26. Mai 2011.

Das belarussische Regime versucht mit solchen Urteilen und der Isolierung der politischen Gefangenen, mit Folter und Gewalt seine Bürger von der Inanspruchnahme ihrer demokratischen Rechte abzuhalten. Sie verweigert jeden Dialog mit der Zivilgesellschaft und handelt damit gegen die von ihr selbst auf dem OSZE-Gipfel in Astana im Dezember 2010 mit bekräftigten Prinzipien der OSZE.

Thönnnes begrüßte Nachwuchsjournalisten aus Bad Segeberg Jugendpresstetage der SPD-Bundestagfraktion in Berlin

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes hat Finn-Erik Digulla von der Schülerzeitung „Neue Litfaßsäule“ der Dahlmansschule in Bad Segeberg, vom 25. bis 27. Mai 2011 an den Jugendpresstetagen der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen.

Finn-Erik Digulla war einer von 62 Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteuren aus ganz Deutschland, die in der Hauptstadt zu Gast waren. Bereits zum zehnten Mal trafen Nachwuchsjournalisten mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Hauptstadtjournalisten zusammen. Thönnnes: „Die Jugendpresstetage sind eine gute Gelegenheit für journalistisch interessierte junge Menschen, in Mediengesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Abgeordneten zu formulieren, kritische Fragen zu stellen und zu sehen, wie sich das Verhältnis zwischen Zeitung, Radio, Fernsehen und Politik darstellt. Es freut mich, dass mit Finn-Erik Digulla ein Schüler aus dem Kreis Segeberg daran teilgenommen hat.“

Höhepunkte des dreitägigen Programms waren die Teilnahme an einer großen Journalistenrunde mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse im Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude, ein Gespräch mit der Presseabteilung des SPD-Parteivorstandes sowie ein Besuch beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Abgerundet wurden die Einblicke in die journalistische Arbeit durch ein Treffen mit zwei Hauptstadtberichterstatern. Doch auch das Politische kam in den Tagen in Berlin nicht zu kurz. So diskutierten die Teilnehmer mit mehreren SPD-Bundestagsabgeordneten und besuchten eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages. „Das waren drei spannende Tage in Berlin, die mir einen nicht alltäglichen Einblick in die Arbeitsweise der Medien in der Hauptstadt ermöglicht haben. Besonders hat mir das private Gespräch mit einzelnen Politikern gefallen“, so Finn-Erik Digulla abschließend.



Franz Thönnies, Finn-Erik Digulla und Wolfgang Thierse vor dem SPD-Fraktionssaal im Deutschen Bundestag

Thönnies lud zu „Jugend und Parlament“ ein Norderstedterin vier Tage als Bundestagsabgeordnete in Berlin



Franz Thönnies und Pia Louise Stamer auf der Plenarsaalenebene im Reichstagsgebäude

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies nahm Pia Louise Stamer aus Norderstedt vom 4. bis zum 7. Juni 2011 an dem Planspiel „Jugend und Parlament“ in Berlin teil.

„Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren ‚arbeiteten‘ den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag durch. Dabei wurden ihnen eigene Erfahrungen und Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe und in die Arbeit der Fraktionen vermittelt“, beschreibt der SPD-Politiker das Programm. Sie nahmen an Arbeitsgruppen-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen teil, um Gesetzentwürfe zu diskutieren und diese im Plenum des Parlamentes zu beschließen.

Dabei wurde Ihnen jeweils die Rolle einer/eines fiktiven Bundestagsabgeordneten zugelost. Sie mussten sich in der Zeit mit dieser Rolle identifizieren und die politischen Ansichten übernehmen. „Das hat mir sehr viel Spaß gemacht! Ich nahm die Rolle von Kira Ehrenbeck-Schmidt an, einer 42-jährigen Mutter von zwei Kindern, die als Abgeordnete für die ökologisch-soziale Partei im Parlament sitzt“, so die 17-jährige Schülerin des Gymnasiums Harksheide.

Gelegenheit gab es am 6. Juni 2011 auch für einen Besuch im Berliner Abgeordnetenbüro des SPD-Politikers. Dort erhielt sie einen Einblick in die Arbeit und die Büroabläufe. Am 7. Juni diskutierten die Vorsitzenden aller fünf Fraktionen mit den Jugendlichen und auch Thönnies nahm sich Zeit für ein ausführliches Gespräch, bei dem er sich von der Norderstedterin ihre Erfahrungen mit dem Planspiel schildern ließ. „Darauf habe ich mich sehr gefreut und fand es toll, die Politiker, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt, live zu erleben“, zieht Pia Louise Stamer Bilanz.

„Diese Planspiele unterstütze ich sehr, weil sie jungen Menschen die Möglichkeit gibt, einen detaillierten Einblick zu erhalten, in das, was wir hier in jeder Sitzungswoche tun. Das schärft ihren Blick für politische Abläufe und Inhalte. Und es weckt vielleicht auch ihr Interesse, Politik mit zu gestalten“, ergänzt Thönnies.

Ostseeregion – Vorreiter bei der Förderung des Sozialen Dialoges

Der Lenkungskreis des Baltic Sea Labour Networks (BSLN Steering Committee), ein hochrangig besetztes strategisches Entscheidungsgremium eines der sehr erfolgreichen EU-Flaggschiff-Projekte im Rahmen der EU-Ostsee-Strategie, traf sich zum vierten Mal am 31. März 2011 in Helsinki. Die Vertreter der Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Parlamente und Regierungsorganisationen verabschiedeten eine Resolution zur Einrichtung eines permanenten Forums für sozialen Dialog im Ostseeraum, die in einer großen Projektabschlusskonferenz am 15. November 2011 in Hamburg beraten werden soll. SPD-MdB Franz Thönnnes vertritt die Ostseeparlamentarierkonferenz in diesem Projekt, das vom DGB Nord vor drei Jahren initiiert und von ihm von Anfang an maßgeblich unterstützt wurde.

Das neue Forum wird trilateral die Vertreter der Sozialpartner aus den Ostseeanrainer-Staaten zu einem jährlichen Runden Tisch versammeln. Es wird eine offene Kooperationsplattform für alle Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvereinigungen sowie Regierungen und Parlamente bieten, die sich den Zielen des Forums verpflichten. Der BSLN Lenkungskreis hat außerdem in einer Sitzung mit russischen Interessensvertretern deren Integration in das Projekt und die europäisch – russischen Beziehungen diskutiert.

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Nord (DGB-Nord), erklärte: „Die Ostseeregion muss zu einem Vorreiter bei der Förderung des sozialen Dialoges werden. Auf diese Weise kann die Ostseeregion zum wohlhabendsten und sozial nachhaltigsten Raum in Europa werden. Das Forum sollte sich den Themen Wachstum, Wettbewerb, Bildung und Maßnahmen für hohe Beschäftigungsraten widmen. Auch die Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit stehen, sollten thematisiert werden. Der soziale Dialog ist eine Voraussetzung für nachhaltige Arbeitsmärkte. Er sollte daher auch bei der Umsetzung der EU2020 Strategie eine Schlüsselrolle spielen.“



Franz Thönnnes im Kreis der Mitglieder des BSLN Steering Committee

Dr. Thomas Klischan, Hauptgeschäftsführer von Nordmetall, Verband der Metall- und Elektronikindustrie e.V., unterstrich die Ziele der Kooperation: „Mithilfe des trilateralen Forums wollen wir die Politik und Entscheidungsverfahren im Bereich des Arbeitsmarktes beeinflussen, indem wir gemeinsame Stellungnahmen und Empfehlungen herausgeben. Basierend auf der Verantwortung der Sozialpartner für die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik im Ostseeraum, ist das Forum darauf ausgerichtet, den sozialen Dialog länderübergreifend zu fördern. Außerdem ermöglicht es die Netzwerkarbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den Sozialpartnern und den politischen Institutionen im Ostseeraum.“

Franz Thönnnes, SPD-MdB und Mitglied des ständigen Ausschusses des Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), betonte die Bedeutung der zukünftigen Kooperation: „Gut funktionierende und fair gestaltete Arbeitsmärkte sind bei der Entwicklung unserer Wohlfahrtsmodelle in eine gerechte und nachhaltige Richtung ein Kernelement. Wir müssen die Interessengruppen zusammenbringen um dies gemeinsam anzugehen. Nord – West Russland ist ein wichtiger Teil der Ostseeregion. Aus diesem Grund haben wir russische Vertreter nach Helsinki eingeladen, um die zukünftige Kooperation und die Teilnahme im Forum für sozialen Dialog zu diskutieren.“

Wieder Grenzkontrollen? – Welches Europa wollen wir?



Bildquelle: Marcus Dewanger

v.l.n.r.: Der SPD-Kreisvorsitzende von Flensburg Helmut Trost, Birte Pauls, Hinrich Jürgensen, Benny Engelbrecht, Colette Hercher, Franz Thönnnes, Michael Schack, Bodo Kaping, Simon Faber

Am 6. Juni 2011 wurde auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes und Sönke Rix an der deutsch-dänischen Grenze in Harisslee über das Thema „Wieder Grenzkontrollen? – Welches Europa wollen wir?“ diskutiert.

Zusammen mit Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber (SSW), der SPD-Landtagsabgeordneten Birte Pauls, Benny Engelbrecht, sozialdemokratisches Mitglied des Folketing, dem Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger Hinrich Jürgensen, Michael Schack von der Industrie- und Handelskammer Flensburg sowie Colette Hercher von der Bundesfinanzdirektion Nord (Zoll) und dem Leitenden Polizeidirektor der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, Bodo Kaping, wurde die geplante Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch Dänemark kritisch debattiert.

Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt: Welche Wirkung wird die Entscheidung auf die Pendlerinnen und Pendler in der Grenzregion haben? Welche Risiken für den Tourismus und die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung birgt sie? Welche Folgen hat die dänische Entscheidung für die Lebensqualität und das deutsch-dänische Klima in der Grenzregion? Und bringt sie wirklich die angeblich größere Sicherheit?

Einig waren sich alle Teilnehmer über eine kritische Haltung zu den geplanten Grenzkontrollen. „Die Entscheidung unseres nördlichen Nachbarn steht im Widerspruch zum Geist des Schengen-Abkommens, das ein Meilenstein auf dem Weg zu einem freiheitlichen Europa mit wirtschaftlichem Fortschritt und sozialem Ausgleich darstellt“, so Thönnnes. Auch der sicherheitspolitische Gewinn ist nach Ansicht der beiden Experten von Zoll und Bundespolizei eher gering. So seien mobile Kontrollen für mutmaßliche Kriminelle viel weniger berechenbar.

Und während sich das Podium weitgehend einig darin war, dass die Zustimmung der Regierung zu den Kontrollen ein Zugeständnis an die rechtspopuläre "Dansk Folkeparti" war, gingen die Meinungen über die Auswirkungen doch auseinander. Insbesondere Flensburgs Oberbürgermeister Simon Faber versuchte für Verständnis für die Position der dänischen Regierung zu werben.

Norderstedt - Bad Segeberg - Oslo - Schlangenbad - Bargteheide - Henstedt-Ulzburg - Hamburg - Bad Segeberg - Sonderborg - Berlin - Bad Segeberg - Bad Oldesloe - Lübeck - Harrislee



In der Bad Segeberger Fußgängerzone

Am 21. April 2011 wurde die Landeskartenschau in Norderstedt eingeweiht. Daran nahm auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies teil. Das neue Landschaftsterrain wird in der Zukunft ein hervorragendes Naherholungsgebiet für die Region sein. Einen Tag später stand Thönnies in der Fußgängerzone in Bad Segeberg, um am traditionellen Osterstand mit den Genossinnen und Genossen vor Ort Informationen rund um das Thema Gesundheit zu verteilen und für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein.

In der folgenden Woche flog der SPD-Politiker vom 26. bis zum 27. April zu

politischen Gesprächen nach Oslo. Unter anderem ging es um Fragen zur Situation von Arbeitnehmern, die als Grenzpendler in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten tätig sind. Außerdem hielt er vor der Norsk-Tysk Selskap einen Vortrag zu den norwegisch – deutschen Beziehungen. Dieser kann auf der seiner Homepage www.thoennes.de abgerufen werden. Wieder zurück in Deutschland führte ihn sein Weg in die Nähe von Frankfurt, wo Thönnies als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages vom 28. bis zum 30.04 an den 14. Schlangenbader Gesprächen – zum Thema „Jenseits der guten Absichten: Russland, der Westen und die Herausforderung der Nachhaltigkeit“ teilnahm.

Im Wahlkreis beteiligte sich der SPD-Politiker am 1. Mai wie immer an der DBG-Demonstration in Bargteheide. Zusammen mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Andreas Beran (MdL), der stellv. SPD-Kreisvorsitzenden Andrea Schuster, den Kreistagsmitgliedern Marc-André Ehlers und Jürgen Sass-Olker, dem SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Reinhard Mendel, Landrat Klaus Plöger sowie der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden von Bargteheide Susanne Danhier, setzte Thönnies ein Zeichen für Faire Löhne, Gute Arbeit und Soziale Sicherheit. Von der guten Arbeit im Mehrgenerationenhaus in Henstedt-Ulzburg überzeugte sich Thönnies am 3. Mai, doch dazu mehr auf Seite 9.



v.l.n.r.: Andrea Schuster, Andreas Beran, Franz Thönnies, Marc-André Ehlers und Jürgen Sass-Olker



Franz Thönnies im Dialog mit Kronprinz Haakon und Fischereiministerin Lisbeth Berg-Hansen

Eine besondere Ehre erfuhr der Bundestagsabgeordnete am darauffolgenden Freitag. Im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstages wurde das Norwegen-Festival eröffnet und Thönnies hatte beim abendlichen Dinner die Möglichkeit, gemeinsam mit dem norwegischen Kronprinzen Haakon und der norwegischen Fischereiministerin Lisbeth Berg-Hansen bei Tisch über die deutsch-norwegischen Beziehungen zu sprechen.

Am 7. Mai folgte dann das 50jährige Jubiläum des Lions Club in Bad Segeberg.

Nach einer intensiven Sitzungswoche in Berlin stand am 14. Mai die Verabschiedung des ehemaligen Wahlkreismitarbeiters Sören Tomasek an. Wie im letzten Thönnies

-Info-Brief bereits angekündigt ist Sören in das Büro der Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Silke Vogt-Deppe gewechselt. Nach einem geselligen Beisammensein führte der Weg des SPD-Politikers gen Norden. Die Jusos Flensburg hatten zusammen mit ihrer Jugend-Partnerorganisation DSU Sydjylland zum Seminar "Euroregion Soenderjylland - Schleswig / DK-De / Regional Cross border Cooperation" nach Sonderborg geladen.

Am Freitag den 27. Mai stand für Thönnies zum Abschluss der Berliner Sitzungswoche nicht sofort die Fahrt in den Wahlkreis an. Er moderierte auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin die Veranstaltung „A Green Economy for a Blue Sea“. Und einen Tag später nahm er mit Politikern und Wissenschaftlern aus der ganzen Ostseeregion an dem ebenfalls in der Hauptstadt stattfindenden Seminar "Civil Security, Trade Union Cooperation and Green Growth for the Baltic Sea Region" zur Vorbereitung der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz teil.



Franz Thönnies moderiert die Diskussionsrunde der FES

Zurück im Wahlkreis besuchte der Bundestagsabgeordnete am Montag, den 30. Mai 2011, zusammen mit dem Leiter des IHK-Geschäftsbereiches Aus- und Weiterbildung, Dr. Ulrich Hoffmeister, im Rahmen der jährlich stattfindenden Ausbildungsplatzakquise das Fitnesscenter Vitalikus in Bad Segeberg und das Restaurant Pinocchio in Bad Oldesloe. Dieses Jahr konzentrierte sich die Ausbildungsplatzakquise auf Migrantenerbetriebe. Als Erfolg konnte verbucht werden, dass in einem Unternehmen im kommenden Jahr ein Platz für eine Einstiegsqualifizierung angeboten wird. Das andere Unternehmen wird eine Restaurantfachkraft ausbilden.

Den Abschluss des Tages bildete eine Regionalkonferenz zum Thema Fehmarnbeltquerung in Lübeck. Zu dieser hatte der Kreis Ostholstein mit seinen Projektpartnern im Rahmen des Regionalentwicklungskonzeptes in die Media Docks nach Lübeck eingeladen. Vorgestellt wurden zwei wichtige Gutachten über die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur entlang der A 1 im Zuge der festen Fehmarnbelt-Querung.

Mehrgenerationenhäuser müssen eine Zukunft haben



Bildquelle: Segeberger Zeitung

Franz Thönnes mit Sabine Samel (Vorsitzende), Birthe Klinger (2. Vorsitzende) und Martina West (Beisitzerin) sowie den Kindern Lanz, Ariane und Pascal vor dem Mehrgenerationenhaus

Am 3. Mai 2011 besuchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes das Mehrgenerationenhaus in Henstedt-Ulzburg, das vom dortigen Familienzentrum betrieben wird. Thönnes sagte den Aktiven vor Ort weiter seine Unterstützung zu und erklärte: „In den Kreisen Stormarn und Segeberg leisten die Mehrgenerationenhäuser „Oase“ in Bad Oldesloe, „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und das Familienzentrum in Henstedt-Ulzburg wertvolle Arbeit und bieten passgenaue Angebote wie Familienbildung, Kinderbetreuung oder Seniorenarbeit für verschiedene Generationen an.“

Der SPD-Politiker kritisierte, dass die Zukunft dieser erfolgreichen Arbeit ungewiss ist: „Die Bundesregierung hat sich nicht ausreichend für den Fortbestand der bereits bestehenden Projekte eingesetzt. Das Bundesprogramm wird neu ausgeschrieben, die Träger der Häuser müssen sich neu bewerben. Hinzu kommt, dass der jährliche Bundeszuschuss ab 2012 pro Mehrgenerationenhaus von 40.000 auf 30.000 Euro sinkt.“ Damit drohe insbesondere in strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum die Gefahr von Projekt-ruinen. Besonders zu kritisieren sei, dass die Bundesregierung keine Übergangslösung für diejenigen Häuser geschaffen habe, deren Bundesförderung bereits vor Ablauf des Jahres 2011 auslaufe. Besonders schwierig stellt sich die Situation in Henstedt-Ulzburg dadurch dar, dass die Stadt keine Stadtrechte besitzt und damit nicht in das Bundesprogramm aufgenommen werden kann. „Das sich das Familienzentrum bereits seit 20 Jahren alleine Tragen kann ist schon eine besondere Leistung. Trotzdem darf es nicht sein, dass so erfolgreiche Projekte wie hier von den Bundesmitteln ausgeschlossen werden“, so Thönnes während seines Besuchs in Henstedt-Ulzburg.

Das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“, dessen fünfjährige Laufzeit 2011 zu Ende geht, ist eine Erfolgsgeschichte. Die 500 Begegnungsstätten für alle Generationen wurden 2006 ins Leben gerufen. Sie haben sich in Städten und Gemeinden als Anlaufstelle bewährt. Doch ab Herbst 2011 läuft schrittweise die Bundesförderung für alle Häuser aus, ein neues Programm folgt ab 1. Januar 2012. Einen Starttermin für die Ausschreibung des neuen Programms hat die zuständige Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) noch nicht bekannt gegeben. Ebenso warten die Träger seit Monaten auf konkrete Hilfe des Bundes für finanzschwache Kommunen.

„Dass das bestehende Programm zusammengestrichen wird und in Zukunft bundesweit nur noch 450 statt 500 Häuser gefördert werden, zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht an einer nachhaltigen Generationenpolitik interessiert ist. Es bleibt zu hoffen, dass der Tag der Mehrgenerationenhäuser 2011 nicht der letzte in unseren Kreisen ist und die Projekte vor Ort ihre Pforten auch im nächsten Jahr weit geöffnet haben“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete abschließend.

Ein Jahr in den USA – Jugend-Austauschprogramm von Bundestag und US-Kongress

Wer als junger Mensch Interesse hat an einem Jahr in den USA, sollte diese Chance nutzen: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) fördert der Deutsche Bundestag auch im kommenden Jahr den Jugendaustausch mit den USA mit Stipendien für Schüler und junge Berufstätige. Das Programm wird vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress finanziert. Zusätzlich zu dem kostenlosen Aufenthalt in den USA werden die Jugendlichen von jeweils einem Abgeordneten der beiden Parlamente betreut, der die Patenschaft für die Stipendiaten übernimmt.

Für das Schuljahr 2012-2013 läuft die **Bewerbungsfrist bis zum 2. September 2011.**

Schüler müssen zum Beginn des Auslandsaufenthalts am 31.7.2012 zwischen 15 und 17 Jahre alt sein (Geburtstage vom 1.8.1994 bis 31.7.1997). Junge Berufstätige müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein (Geburtstage nach dem 31.7.1987).

Die Bewerbungsunterlagen können im Bürgerbüro von Franz Thönnnes in Bad Segeberg angefordert werden.

Personalwechsel in den Büros

Bereits im letzten Thönnnes-Info-Brief informierte Franz Thönnnes über Personalwechsel in seinen Büros. Das Berliner Team des SPD-Politikers wird seit dem 1. Mai 2011 von Julia Dehn verstärkt. Die 1991 geborene Ludwigsfelderin absolvierte vor dieser Tätigkeit als Sekretärin eine Ausbildung zur "Fachangestellten für Bürokommunikation" in der SPD-Bundestagsfraktion. Sie unterstützt den Bundestagsabgeordneten nun bei organisatorischen Aufgaben, bei der Terminverwaltung und bei der Vorbereitung der Gremiensitzungen. Parallel zum Einstieg von Julia Dehn beendet Julia Stöber ihre über 10jährige Tätigkeit im Berliner Büro. Die staatlich anerkannte Dolmetscherin arbeitete als Nordeuropaexpertin im Team des Bundestagsabgeordneten. „Für Julias langjährige Unterstützung danke ich ihr und wünsche ihr für ihren weiteren beruflichen Werdegang alles Gute. Die gemeinsame Nähe zu den nordischen Ländern wird uns sicherlich häufiger wieder zusammenführen“, so Franz Thönnnes.



Julia Dehn an ihrem Arbeitsplatz



Sören Tomasek

Wie bereits im TIB II/2011 angekündigt, ist Sören Tomasek am 14. Mai 2011 offiziell verabschiedet worden. Nach 2 ½ jähriger Zusammenarbeit ist er in das Büro der Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Silke Vogt-Deppe gewechselt. „Es freut mich, dass Sören nach dieser guten und kollegialen Zusammenarbeit, mit der intensiven Arbeit im letzten Bundestagswahlkampf, eine spannende Aufgabe in Hamburg gefunden hat und sein Wissen weiter für unsere Partei einsetzt. Auch ihm wünsche ich für die Zukunft alles Gute“, erklärt der SPD-Politiker. Im Bürgerbüro in Bad Segeberg bleibt zunächst die derzeitige personelle Besetzung. Alexander Wagner und Frederik Digulla sind weiterhin als Ansprechpartner erreichbar. Besetzt ist das Büro bis zu einer personellen Ergänzung vorübergehend Dienstags, Donnerstags und Freitags von 9.30 Uhr bis 15 Uhr.

Bürgerbüro	Berliner Büro	Impressum
Oldesloer Straße 20 23795 Bad Segeberg Tel.: 04551-968383 Fax.: 04551-967338 E-Mail: buergerbuero@thoennes.de	Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030-227-71128 Fax.: 030-227-76828 E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de	Herausgeber: Franz Thönnnes Redaktion: Franz Thönnnes, Flemming Krause Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mehr Informationen unter: www.thoennes.de